

eitung.

1918
18. Oktober**Wohnungsverband — Lebensbedingung**

Zu den sehr schwierigen Verständigungsversuchen, die zwischen den Groß-Berliner Gemeinden über den Wohnungsverband schweben, nimmt jetzt der Berliner Magistrat in den folgenden Ausführungen noch einmal das Wort:

Gegenüber der wiederholten Mitteilung von einem angeblichen Scheitern des Wohnungsverbandes Groß-Berlin muß festgestellt werden, daß mit Ausnahme von Neukölln und Spandau sämtliche Groß-Berliner Gemeinden und Gemeindeverbände, also die Städte Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Lichtenberg und Wilmersdorf, sowie die beiden Kreise Teltow und Niederbarnim, mit hin neun Zehntel der Gesamtheit von Groß-Berlin sich für einen Zusammenschluß ausgesprochen haben und dabei beharren, natürlich vorausgesetzt, daß er das ganze Groß-Berliner Wirtschaftsgebiet umfaßt. Dieser Beschluß beruht auf langwierigen und mühseligen Verhandlungen, in deren Verlauf von allen Seiten Zugeständnisse gemacht worden sind, um die Gemeinsamkeit zu ermöglichen. Mit dem erreichten Ergebnis sind besonders auch die Gemeinden und Kreise einverstanden, welche für ihr ganzes Gebiet oder für maßgebende Teile davon gleiche Rücksichten, wie Neukölln einerseits und Spandau andererseits zu vertreten haben.

Der jetzt vorliegende Entwurf der Verbandsfassung trägt den örtlichen Bedürfnissen der Gemeinden so weit Rechnung, als es tunlich erschien, ohne die Wirksamkeit des Verbandes lahmzulegen. Besonders bedeutet es ein weitgehendes Entgegenkommen gegenüber Neukölln, daß bereits zwei Gemeinden mit insgesamt 7 (von 27) Stimmen das Zustandekommen eines der einzelnen Gemeinde unwillkommenen Beschlusses über Errichtung von Bauten verhindern können. Aber der jetzt nur noch von Neukölln ausreicht erhaltene Antrag, daß keine Gemeinde mehr Kleinwohnungen aufzunehmen habe, als ihre Einwohnerzahl im Verhältnis stehe zur Einwohnerzahl des Verbandes, würde bedeuten, daß auf unabhärbare Jahrzehnte der Stadt Neukölln überhaupt die Errichtung einer Kleinwohnung nicht zugemutet werden dürfte. Wenn Neukölln, wie es erklärt, die Absicht hat, freiwillig solche Kleinwohnungen zu errichten, so bewirkt sein Eintritt in den Verband nur eine Erleichterung seiner Lage, da alsdann die anderen Gemeinden mithelfen, die Kosten der Kleinwohnungen Neuköllns zu tragen.

Aber andererseits wird es die Aufgabe des Verbandes sein, die Verteilung der Kleinwohnungen auf das Verbandsgebiet gerecht und gleichmäßig vorzunehmen. Damit das geschieht, müssen die einzelnen Verbandsglieder zueinander das Vertrauen haben, das für jedes gemeinsame Handeln Groß-Berlins Lebensbedingung ist.

Kleinwohnungsfragen in Lichtenberg. In der Lichtenberger Stadtverordnetenversammlung kam es gestern zu einem lebhaften Meinungsaustausch über die Frage der Beschaffung von Kleinwohnungen. Von der rechten Seite wurde darauf hingewiesen, daß man nicht gut tue, sich jetzt schon in dieser Angelegenheit festzulegen, solange die Frage der Beteiligung der westlichen Vororte noch nicht geklärt sei. Dem wurde von den sozialdemokratischen Rednern Sohn und Mirus entgegengehalten, daß darin kein Anlaß liege, diese außerordentlich dringliche Angelegenheit auf die lange Bank zu schieben. In den westlichen Vororten, in denen sich die Industrie in viel geringerem Umfange niederlassen werde, sei die Frage weniger dringend; wenn man aber dazu übergehen wolle, auf gezieltem Wege die westlichen Vororte, in denen Mittel genug vorhanden seien, zu den Kosten des Kleinwohnungsbaues auch der östlichen Vororte heranzuziehen, so sei dagegen nichts einzuwenden. — Nachdem Stadtkonrat Uhlig mitgeteilt hatte, daß der Magistrat sich bereits Baugelände gesichert habe und die Pläne nahezu fertiggestellt seien, trat die Versammlung einem sozialdemokratischen Antrag bei, wonach die Kleinwohnungsbaukommission die Angelegenheit zu prüfen und spätestens in vier Wochen Bericht zu erstatten hat.

Über den Wohnungsverband äußerte sich gestern Stadtkonrat Dr. Binder in der Neuköllner Stadtverordneten-Versammlung. Wenn eine freiwillige Vereinigung der Gemeinden